

QUARTALSBERICHT

Projektland: Mongolei

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

1. POLITIK

1.1. Die Initiative des Staatspräsidenten bezüglich der Durchführung einer Reform der Rechtsprechung

1.2. Außenpolitische Aktivitäten des Staatspräsidenten: die offiziellen Besuche in der RF, in den USA und Ukraine.

1.3. Die Tätigkeit des Parlaments: Auseinandersetzungen wegen eines Naturschutzgesetzes und des Entwurfs eines neuen Wahlgesetzes.

1.4. Die Tätigkeit der Regierung: die Teilnahme des Premierministers an dem Weltwirtschaftsforum in Indonesien und der offizielle Besuch in der VR China.

1.5. Der Versuch der Amtsenthebung des Ministers für Mineralressourcen und Energie.

1.6. Die Inkompetenz der staatlichen Behörden beim Umweltschutz.

2. PARTEIEN UND NGOS: DIE PROBLEME WEGEN DER REGISTRIERUNG DER MRVP UND DER PZC/GP; NGOS GEGEN DIE VERLETZUNG DER GESETZE ZUM NATURSCHUTZ

3. WIRTSCHAFT UND SOZIALES: EINIGE PROBLEME IM BERGBAU; IM GESUNDHEITSWESEN

1.POLITIK

1.1. DIE INITIATIVE DES STAATSPRÄSIDENTEN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG EINER REFORM DER RECHTSPRECHUNG

Bei seiner Wahl versprach der jetzige Staatspräsident Ts.Elbegdorj Reformen der Rechtsprechung durchzuführen und die Gerechtigkeit und ein faires Gericht walten lassen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die ein Gesetzespaket zur Verbesserung des Rechtsprechungssystems, der Arbeit der Gerichte und der Richter ausarbeitete. Seine Gedanken und Ideen über die Verbesserung der rechtsprechenden Gewalt und der Organe, die sie durchsetzen, erläuterte der Staatspräsident klar und deutlich in seiner Rede bei der Eröffnung am 14. April 2011 des nationalen Forums zum Thema „Die Reform der Rechtsprechung und das Gerechtigkeitsprinzip“.

Das Gesetzespaket, das im Entwurf sowohl in der Arbeitsgruppe als auch während der öffentlichen Debatten im Anhörungssaal des Staatspräsidenten diskutiert wurde, wurde im Juni dem Großen Staatskhural (dem Staatsparlament), vorgelegt. Während eines Treffens mit den Fraktionsvorsitzenden der Mongolischen Volkspartei (MVP) und der Demokratischen Partei (DP) am 24. Juni 2011 bat der Staatspräsident, die Gesetzentwürfe noch bis zum Schluss der Frühjahrstagung des Parlaments Anfang Juli d.J. zu behandeln.

Der Anlass des Treffens war eigentlich die Behandlung des Entwurfs eines neuen Wahlgesetzes. Auf dieses Thema wird später an anderer Stelle ausführlicher eingegangen werden.

1.2. AUSSENPOLITISCHE AKTIVITÄTEN DES STAATSPRÄSIDENTEN: BESUCHE IN DER RF UND IN DEN USA

Von wichtiger politischer Bedeutung waren zweifellos die offiziellen Besuche des mongolischen Staatspräsidenten in der Russischen Föderation (RF) und in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) im Juni 2011.

Staatspräsident Elbegdorj stattete einen offiziellen Besuch der RF auf Einladung des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, Ende Mai- Anfang Juni d.J. ab. Während seines Aufenthalts in Moskau traf Ts.Elbegdorj auch mit dem russischen Ministerpräsidenten, Wladimir Putin, zusammen. Während des Besuchs wurden wichtige Fragen der Zusammenarbeit zwischen der Mongolei und der RF erörtert, wie der Ausbau und die Modernisierung der mongolisch-russischen Joint Venture

„Ulaanbaatar Eisenbahn“, die Beteiligung russischer Unternehmen an den Projekten zur Förderung von Koks Kohle und Uran.

Während des Gesprächs mit Putin bat Ts. Elbegdorj die russische Seite, besonderes Augenmerk auf die Sicherung von Treibstofflieferungen aus der RF zu richten, besonders angesichts des Diesel- und Benzinedefizits in der Mongolei. Ts. Elbegdorj wurde in die Staatliche Lomonosow-Universität eingeladen, wo er einen Vortrag zum Thema der Entwicklung der Demokratie in der Mongolei und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern für die Professoren, Dozenten und Studenten der Universität hielt. Er traf auch mit den Vertretern der Geschäftswelt Russlands, und führte Gespräche mit den Vertretern der Presse.

Eine besondere Geste der russischen Gastgeber war die Einladung zum Besuch von Ermitage in Petersburg, wo man ihm die Exponate verbunden mit der mongolischen Geschichte, u.a. Gegenstände aus der Zeit der Goldenen Horde präsentierte. Aus dem Anlass des Besuchs des mongolischen Staatspräsidenten wurden Exponate aus dem Museumsfonds zur Schau gestellt.

Zum Abschluss des Besuchs des mongolischen Staatspräsidenten wurde eine gemeinsame mongolisch-russische Erklärung herausgegeben.

Einen besonderen Meilenstein in den mongolisch-amerikanischen Beziehungen stellte der offizielle Besuch des Staatspräsidenten Ts. Elbegdorj in den USA vom 13. bis zum 17. Juni 2011. Sein Besuch begann in San Francisco, wo er der Eröffnung des neuen mongolischen Konsulats in dieser Stadt beiwohnte. Außerdem war er Gast der Stanford-Universität in Kalifornien, besuchte auch die Hoover-Universität und die Google-Office in San Francisco. Der Höhepunkt des Besuchs des Staatspräsidenten der Mongolei in den USA war der Empfang durch den US-Präsidenten Barack Obama im Weißen Haus.

Barack Obama würdigte Ts. Elbegdorj als einen der Führer der demokratischen Revolution in der Mongolei vor 21 Jahren und auch als einen hochrangigen Politiker nach 1990, der zweimal Premierminister, mehrere Male Parlamentsabgeordneter war und auch wichtige Posten im Parlament besetzte. Präsident B. Obama dankte dem mongolischen Staatspräsidenten für die Unterstützung der US-amerikanischen Militäreinsätze im Ausland. Zuvor hatte der mongolische Staatspräsident am Memorial für den unbekanntenen Soldaten in Arlington einen Kranz niedergelegt und die

verwundeten Soldaten in einem Militärhospital besucht. In dem Forschungsinstitut Brookings für Außenpolitik, Weltwirtschaft und Entwicklung führte er Gespräche und einen Meinungsaustausch mit den Mitarbeitern und Wissenschaftlern dieser wissenschaftlichen Einrichtung über das mongolische Konzept des „dritten Nachbarn“ und auch über die Beziehungen zu den großen Nachbarn China und Russland.

Während des Besuchs des mongolischen Staatspräsidenten wurde ein Vertrag über den Kauf von drei Passagierflugzeugen des Typs Boeing für die mongolische Luftfahrtbehörde MIAT unterzeichnet.

Anlässlich des Besuchs des mongolischen Staatspräsidenten in den USA wurde eine mongolisch-amerikanische gemeinsame Erklärung veröffentlicht.

Vom 26. bis zum 29. Juni 2011 stattete der Staatspräsident Ts.Elbegdorj Ukraine einen offiziellen Besuch ab. Während seines Besuchs führte er Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten V.Yanukovich, traf sich mit den Vertretern der Geschäftswelt, besuchte das Produktionswerk, wo die Flugzeuge des Typs AN gebaut werden. In der Stadt Lwow besuchte er die Militärhochschule, die er mit dem Diplom eines Militärreporters absolvierte.

1.3. DIE TÄTIGKEIT DES PARLAMENTS: DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE DURCHSETZUNG DES UMWELTSCHUTZGESETZES

Die Frühjahrstagung des Großen Staatskhurals begann am 5. April 2011 und wird Anfang Juli d.J. beendet sein. Außer den Fragen, die üblicherweise auf der Tagesordnung stehen, gibt es zwei Themen, die die Abgeordneten am meisten beschäftigen:

Erstens, die Änderung des Gesetzes über das Verbot der Erkundung und Förderung von Bodenschätzen an den Wasserquellen, in den Fluss- und Seebecken und in den Waldgebieten, und, zweitens, die Annahme eines neuen Wahlgesetzes.

Das oben erwähnte Gesetz zum Schutz der Natur und der Umwelt vor den Eingriffen der Unternehmen, die vor allem die Goldförderung betreiben, wurde vor zwei Jahren vom Parlament verabschiedet. Die Regierung, die mit der Verwirklichung des Gesetzes beauftragt wurde, hat die Durchsetzung des Gesetzes nicht nur unterlassen, sondern es selbst gebrochen, indem es neue Förderlizenzen in den verbotenen Gebieten vergab.

Die Unternehmen, die bereits die Lizenzen besitzen und die Förderung begonnen haben, leisten erbitterten Widerstand gegen dieses Gesetz durch lautstarke Protesterklärungen in den Massenmedien und einfach dadurch, dass sie dieses Gesetz ignorieren und ihre umweltschädigende Tätigkeit fortsetzen. Deren Lobby ging soweit, dass eine Gruppe von fünf Parlamentsabgeordneten einen Gesetzentwurf zur Debatte ins Parlament einbrachte, der darauf abzielt, die Bestimmungen des z.Z. geltenden Gesetzes, die gerade Flüsse, Seen und Wälder schützen sollen, außer Kraft zu setzen. Das Merkwürdige dabei ist, dass selbst der Umweltminister, der eigentlich verpflichtet ist, die Natur zu schützen, auf der Seite der goldfördernden Unternehmer steht.

Demgegenüber tritt eine andere Gruppe von 4 bis 5 Abgeordneten für die Erfüllung des genannten Gesetzes und gegen eine Gesetzesänderung ein. Diese Gruppe bildet sich aus den Vertretern von drei Parteien zusammen, und zwar der MVP, der Partei der Zivilcourage/Grüne Partei und der Demokratischen Partei. Von außen betrachtet hat man den Eindruck, dass die Stimme der Befürworter der Gesetzesänderung im Parlament überwiegt. Die Abgeordneten, die für die Einhaltung des Gesetzes ohne eine Änderung sind, wollen sich im Falle einer Annahme der Gesetzesänderung durch das Parlament an das internationale Gericht, die sich mit ökologischen Problemen befasst, wenden.

Die Verletzung des obengenannten Gesetzes zum Naturschutz durch die goldfördernden Unternehmen löst besonders bei der Landbevölkerung Unbehagen und Proteste aus. Und das ist auch verständlich, weil durch die Abbauarbeiten Flüsse und Seen verseucht werden oder austrocknen, die Viehweiden zerstört, die Wälder niedergewälzt werden.

Zum Schutz der einheimischen Bevölkerung, die hauptsächlich aus den viehzuchttreibenden Nomaden besteht, wurde eine freiwillige Organisation „Gal Undesten“ gegründet, die nach den vergeblichen Versuchen ins Gewissen der goldfördernden Unternehmen einzureden, 3- bis 4 mal von kleinkalibrigen Gewehren Gebrauch machten, mit denen sie auf einige Ausrüstungen der Unternehmen schossen. Im Frühjahr (April-Mai) kamen sie beritten in die Hauptstadt, wo sie sich an das Parlament und die Regierung mit einem schriftlichen Appel wandten, der allerdings unbeantwortet blieb. Das veranlasste die berittenen Demonstranten sich wieder aufs Land zu begeben, um dort vor Ort die gesetzesbrechenden Unternehmen zu
Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Mongolei, II/2011

bekämpfen. Nach einer Protestbekundung mit Gebrauch von kleinkalibrigen Waffen (man hat auf eine Wasserpumpe geschossen) wurden die Anführer dieser Bewegung am 23.06.2011 von der Polizei festgenommen und die Hauptstadt gebracht und in eine Haftanstalt gesteckt.

Einige NGO-s und die Sympathisanten der berittenen Protestbewegung stellen den zuständigen staatlichen Behörden die Frage, warum die eigentliche Ursache der obengenannten Misstände, und zwar die natur- und die gesundheitsschädigende Tätigkeit der Unternehmen, die das geltende Gesetz missachten und verletzen, nicht bekämpft und beseitigt wird.

Ein weiteres Problem, dass die Tätigkeit des Parlaments zum Erlahmen bringt, ist die Diskussion des Entwurfs eines neuen Wahlgesetzes. Die Annahme eines neuen Wahlgesetzes war ein zentraler Punkt der Vereinbarung zwischen der damaligen MRVP und der DP, die nach den Wahlen im Juni 2008 eine gemeinsame Regierung bildeten. Damals hieß es, die beiden Parteien wollen ein Verhältniswahlssystem einführen. Die Parteifraktionen im Parlament, besonders der MRVP (MVP), haben die Behandlung des Entwurfs des Wahlgesetzes drei Jahre lang hinausgeschoben. Das Thema eines neuen Wahlgesetzes war auch in den vergangenen Legislaturperioden vom Parlament erörtert worden, aber es wurde dann solange hinausgezögert, bis man dann zeitlich keine Möglichkeit zur Einhaltung der gesetzlich festgelegten Frist von 6 Monaten bis zu den Wahlen hatte. Die beiden Parteien kamen zu der Meinung, dass das bisher befolgte Mehrheitswahlssystem sich nicht bewährt hat, so dass die Ergebnisse der letzten Wahlen 2008 zu den blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten führten. Deshalb schlägt die DP vor, ein gemischtes Wahlsystem einzuführen. Das heißt, dass 26 Abgeordnete direkt in den Wahlkreisen oder mit anderen Worten in den 21 Aimags und den fünf Stadtbezirken von Ulaanbaatar gewählt, und die anderen 50 Abgeordneten nach den Parteilisten gewählt werden. Die MVP will aber ein Wahlsystem, in dem das Mehrheitswahlssystem dominiert, also 52 zu 24. Es ist offensichtlich, dass die jetzigen Abgeordneten, die viel Geld in ihre Wahlkreise gesteckt haben, insbesondere von einer Milliarde Tugrik für jeden von 76 Abgeordneten aus dem Staatsbudget, wieder gewählt werden wollen. Die Meinungsunterschiede zwischen den Fraktionen sind so gravierend, dass die DP-Fraktion angekündigt hatte, nicht an den Plenarsitzungen und an der Arbeit der

Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Mongolei, II/2011

Ausschüsse des Parlaments teilzunehmen, bis man im Parlament eine Debatte über das Wahlgesetz eröffnet.

Da die speziell für die Abstimmung des Gesetzentwurfs berufene Arbeitsgruppe der MVP und der DP nicht zu einer einheitlichen Meinung kommen konnte, beschlossen die beiden Parteifractionen, dem Streit über das Wahlsystem durch eine Volksbefragung ein Ende zu setzen, wobei die DP die Volksbefragung nicht nur auf das Wahlsystem beschränken, sondern es auch auf einige Bestimmungen der Verfassung, z.B. das Recht eines Parlamentsabgeordneten das Amt eines Ministers zu bekleiden, ausbreiten will. Die Volksbefragung soll, wie die Abgeordneten der DP und der MVP vorschlagen, im September d.J. organisiert werden.

Die Vertreter der anderen kleineren Parteien sind der Meinung, dass die Volksbefragung nur eine Farce sei, um Zeit zu gewinnen und alles beim Alten zu lassen. Z.B. bedarf das Problem der doppelten Amtsbekleidung überhaupt nicht einer Lösung durch ein Volksentscheid, sondern es ist eine Frage, die sehr leicht durch das Parlament selbst zu entscheiden ist, zumal diese Bestimmung und die anderen sechs Bestimmungen im Jahr 2000 durch einen Beschluss des Parlaments und nicht durch ein Gesetz bestätigt wurden. Außerdem sind diese sechs Verfassungsergänzungen damals vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig anerkannt worden.

Ein anderes Streitthema ist die Wahlhürde. Die MVP ist daran interessiert, die Wahlhürde für die Parteien so hoch wie nur möglich zu heben, um den kleineren Parteien den Eintritt in das Parlament zu erschweren, ja gar zu verwehren. Die MVP-Fraktion spricht sich für einen Mindeststimmenanteil von 7 Prozent. Die kleineren Parteien, wie z.B. die Partei der Zivilcourage/Grüne Partei plädiert für eine Hürde, wie in den meisten demokratischen Ländern der Fall, nämlich für eine 4 bis 5-prozentige Hürde.

Ein neuer Begriff in dem mongolischen Wahlsystem ist die Frage der Vertretung der nationalen Minderheit in dem obersten gesetzgebenden Organ. Gemeint sind die Kasachen, die zum größten Teil in Bayan-Ulgii-Aimag im Westen der Mongolei ansässig sind. In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts flüchteten sie aus dem Xiangiang-Provinz Chinas in die Mongolei und baten um Asyl. Der damalige mongolische Herrscher, Marschall Tschobalsan, gab den kasachischen Flüchtlingen die Erlaubnis, sich in Bayan-Ulgii-Aimag niederzulassen. Seither leben sie mehr oder weniger

kompakt in diesem Aimag. Nach der letzten Volkszählung leben in der Mongolei etwa 100.000 Kasachen. Bis jetzt wurden die Wahlen in Bayan- Ulgii-Aimag genauso wie in den anderen 20 Aimag nach einem Wahlkreisprinzip durchgeführt, denn dort leben ja außer den Kasachen auch Mongolen und Tuwiner.

1.4. DIE TÄTIGKEIT DER REGIERUNG: DIE TEILNAHME AM WELTWIRTSCHAFTSFORUM IN INDONESIA UND DER OFFIZIELLE BESUCH DES PREMIERMINISTERS IN DER VR CHINA

Am 12. und 13. Juni 2011 nahm der Premierminister S.Batbold an dem Weltwirtschaftsforum für Ostasien, das in Jakarta, Indonesien stattfand, teil. Nach dem Abschluss des Weltforums wurde der Premierminister vom Präsidenten Indonesiens, Susilo Bambang Yudhoyono, empfangen. Nach seinem Aufenthalt in Indonesien stattete der mongolische Premierminister der VR China einen offiziellen Besuch ab. Am 13. Juni 2011 nahm er an der Eröffnung des mongolischen Generalkonsulats und der Vertretung der mongolischen Luftfahrtgesellschaft MIAT in Honkong teil.

In Beijing führte er Gespräche mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao und wurde auch von den hohen Repräsentanten der KP Chinas und des Nationalen Volkskongresses der VR China empfangen.

Der mongolische Ministerpräsident betonte die Wichtigkeit der Kooperation mit der Volksrepublik, die der größte ausländische Investor in der Mongolei ist und auch der Inhaber der wichtigen Unternehmen in den Bereichen der Kokskohleförderung, der Roherdölgewinnung, von Zink, Gold und der Aufbereitung von tierischen Erzeugnissen wie Kaschmir, tierischen Häuten, Wolle usw. ist. Viele Tausende chinesische Bürger arbeiten im Bausektor, betreiben mittlere und kleinere Unternehmen der Leichtindustrie in der Mongolei.

Während des Besuchs des Premierministers wurde ein Generalabkommen über die Gewährung eines 500-Millionen-US-Dollar-Kredits der mongolischen Regierung durch die chinesische Regierung unterzeichnet.

Es fand auch ein mongolisch-chinesisches Business-Forum statt, an dem etwa 600 Geschäftsleute aus den beiden Ländern teilnahmen. Premierminister S.Batbold

betonte, dass sein Besuch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer strategischen Partnerschaft leisten werde.

Nach wie vor nehmen die Probleme um die Nutzung von Lagerstätte in Oyu Tolgoi (Gold und Kupfer) und Tavan Tolgoi einen wichtigen Platz in der Arbeit der Regierung ein. Im Parlament wird seitens einiger Abgeordneten eine Unzufriedenheit, ja gar ein Misstrauen betreffend die Arbeit der Regierung auf diesem Gebiet bekundet. Sie behaupten, dass bei den Verhandlungen über die Kooperation zur Nutzung der Bodenschätze an diesen Lagerstätten eine Intransparenz und ein Informationsmangel herrsche, wobei die offiziellen Vertreter der mongolischen Seite, insbesondere der Minister für Mineralressourcen und Energie, D.Zorigt, zu Schaden der nationalen Interessen der Mongolei den Forderungen und der Gewinnsucht der ausländischen Staaten und Unternehmen zuspiele. Deshalb hat eine Gruppe von Abgeordneten Mitte Mai d. J. dem Parlament einen Antrag über seine Amtsenthebung bereits zum zweiten Mal gestellt. Aber deren Antrag fiel infolge einer Abstimmung der Abgeordneten wiederum durch. Besonders der Premierminister S.Batbold verteidigte heftig sein Kabinettsmitglied.

Auch der Kohleexport nach China aus Tavan Tolgoi, der mit Hunderten von riesigen LKW-s mit einer Kapazität von 100 bis 120 Tonnen getätigt wird, hat auch zu einem heftigen Wortwechsel zwischen den Ministern geführt. Die schweren Laster, die ohne gepflasterte Straßen die Steppen- und Wüstengebiete in der Mongolei durchqueren, verursachen eine Bodenzerstörung dermaßen, dass man im aufgewirbelten Staub keine Sicht mehr hat. Das hat schwere Unfälle zur Folge, die nicht nur materielle Schäden, sondern auch menschliches Leben gefährden. Allein im Jahr 2010 waren wegen Aufprall 23 Fahrer verunglückt. Deshalb ordnete der Verkehrsminister der Mongolei, Kh.Battulga, Ende April 2011 einen zeitweiligen Verkehrsstopp auf diesen Routen an, bis die Straßen in einen befahrbaren Zustand gebracht werden. Diese Entscheidung erregte den Zorn des Ministers für Justiz und Inneres, Ts.Nyamdorj, der Herrn Battulga des Einschnitts der Einnahmen in das staatliche Budget beschuldigte.

Nach etwa einem Monat ließen die Aufsichtsbehörden der Mongolei wieder den Autotransport auf den oben genannten Straßen laufen. Den TV-Berichten zufolge hat sich aber der Zustand der Straßen in keiner Weise gebessert, so dass gleich einen Tag

später nach der Zulassung des Verkehrs zwei Kraftfahrer wegen Autounfall ums Leben kamen.

Das gleiche Problem tauchte bei der Erdölförderstätte Matad und in Menengiin Tal in Dornod-Aimag auf, von wo das chinesische Unternehmen „Petro China Daichin“ Rohöl mit LKW-Tankern nach China transportiert. Die zuständige Aufsichtsbehörde des Ministeriums für Verkehr der Mongolei hat auch dort bei Erdölbeförderung unzumutbare Zustände, wie unerlaubter Transport von Erdöl, Abweichen von den festgelegten Routen und illegales Eindringen in das Landesinnere, gnadenlose Umweltzerstörung wie z.B. durch Verschmutzung des Erdbodens mit Erdöl, festgestellt. Auf diese Art und Weise führen die Chinesen 2.000.000 Tonnen Erdöl aus der Mongolei aus (TV9-Nachricht vom 22. Juni 2011).

Die Abteilung für den Autoverkehr des Ministeriums verhängte ein Verkehrsverbot bis zur Behebung der obengenannten Mängel. Es ist aber fraglich, ob diese Anweisung auch wirklich befolgt wird. Gleich eine Woche später machten die Vertreter des chinesischen Unternehmens eine Gegenerklärung im Fernsehen. Allem Anschein nach sind es die Aimagbehörden und die anderen staatlichen Behörden vor Ort, die von den Chinesen bestochen werden und deshalb es zulassen, dass ein Missbrauch durch die chinesischen Unternehmen zum Schaden der Umwelt und der einheimischen Bevölkerung ausgeübt wird.

Außerdem fragt sich auch, ob es gültige Verträge zwischen den zuständigen staatlichen Organen der Mongolei und der VR China gibt, wie das gemäß den Völkerrechtsprinzipien zwischen zwei souveränen Staaten üblich wäre. Denn sonst würden sich die chinesischen Behörden und Unternehmen auf dem mongolischen Territorium nicht so benehmen, als ob die Mongolei eine chinesische Provinz wäre.

Im Juni d. J. nahm die Regierung der Mongolei von dem kanadischen Unternehmen „Ivanhoe Mines“ in Oyu Tolgoi einen Kredit von 100 Millionen US-Dollar auf. Wie wir bereits berichteten, hatte das kanadische Unternehmen der mongolischen Regierung 2010 einen Einhundertmillionen-Kredit gewährt.

2. PARTEIEN UND NGOS: REGISTRIERUNG DER MRVP UND DER PZC/GP

Die Frage der Registrierung der abtrünnigen MRVP wurde vom Obersten Gericht von der Entscheidung des Verfassungsgerichts abhängig gemacht, das darüber entscheiden sollte, ob §15.6 des Gesetzes über die politischen Parteien verfassungswidrig sei. In diesem Artikel heißt es nämlich, dass der alte Name einer Partei (in diesem konkreten Fall der MRVP) nicht von einer anderen Partei benutzt werden darf. Dieses Verbot dauert laut diesem Gesetz 24 Jahre lang. Das Verfassungsgericht entschied am Anfang Juni d.J., dass der §15.6. des Gesetzes über die politischen Parteien nicht verfassungswidrig sei.

Allerdings hatte das Verfassungsgericht in einem früheren Gutachten festgestellt, dass die Bestimmung des Gesetzes über das 24 Jahre dauernde Verbot der Namensbenutzung einer Partei verfassungswidrig sei, weil es gegen das im Art. 14.10 der Verfassung deklarierte Vereinigungsrecht der Bürger Verstoße.

Am 24. Juni 2011 urteilte das Oberste Gericht der Mongolei, dass der Registrierung der MRVP rechtlicherseits nichts im Wege stehe und begründete sein Urteil mit einer Gesetzesauslegung. Der Hauptgrund für die obige Entscheidung lag vermutlich darin, dass die MRVP eine neue Partei sei. Seit diesem Tag erscheint am politischen Himmel offiziell eine neue politische Kraft, die einen ziemlich starken Einfluss auf das politische Leben in der Mongolei ausüben könnte. Der Vorsitzende der Partei ist der ehemalige Staatspräsident N.Enkhbayar.

Das Urteil des Obersten Gerichts vom 24. Juni 2011 löste ein Klagen bei der Führung der MVP, die das als eine gesetzwidrige Entscheidung abstempelt. Durch ihre führenden Funktionäre und eine Reihe von Juristen veranstalteten sie regelrecht eine Hetze gegen das Oberste Gericht, wobei sie nicht vergessen, auch den Staatspräsidenten, Ts.Elbegdorj, anzugreifen, weil er vor einigen Monaten den jetzigen Präsidenten des Obersten Gerichts ernannt hat. Er war aber nicht bei der Richterbesetzung dabei, die über die Sache verhandelt hatte.

Die Führung der MVP verlangt vom Obersten Gericht die Übergabe des Gerichtsprotokolls des Obersten Gerichts über die betreffende Verhandlung.

Eine zu klärende Situation entstand auch bei der Registrierung der neu gebildeten Partei der Zivilcourage/Grüne Partei (PZC/GP). Das Oberste Gericht weigerte sich, diese Partei zu registrieren, weil Unterlagen fehlen, die belegen, dass alle prozedurmäßigen Regelungen für die Vereinigung der beiden Parteien eingehalten

worden waren. Diesen Vorwand nutzte die alte entmachtete Führung der Grünen Partei aus und rief schnell einen Parteitag zusammen, der zwei gleichrangige Vorsitzenden und einen Generalsekretär dieser Partei wählte.

Also wird die Existenz einer zweiten Grünen Partei scheinbar einen neuen Streit auslösen, der gerichtlich entschieden werden dürfte. Die PZC/GP hofft, dass sie bei der Vorlage aller notwendigen Unterlagen von dem Obersten Gericht registriert werden kann.

Die Führungen der beiden neugebildeten Parteien, der MRVP und der PZC/GP, kritisieren die MVP und die DP und deren Fraktionen im Parlament, dass sie ohne die Beteiligung der anderen Parteien das neue Wahlgesetz unter sich insgeheim vereinbaren wollen, um zu einem für sie günstigen Ergebnis zu kommen. Am 27. Juni 2011 haben die MVP und die DP vereinbart, die Zwischenergebnisse der Verhandlungen im Rahmen einer Arbeitsgruppe, in der die Abgeordneten der beiden Parteien vertreten sind, nicht nach außen, d.h. auch der Presse, bekannt zu geben. Ein anderweitiges Herangehen würde die Arbeit der Arbeitsgruppe stören und beeinflussen, hieß es.

Im April d. J. organisierten die MRVP, die Neue Nationale Partei und einige Bürgerbewegungen, vor allem die von Munkhbayar geleitete Bewegung zur Rettung von Seen und Flüssen Protestdemonstrationen gegen die Regierung und die Beamten, die durch die Lizenzvergabe an die ausländischen Firmen und Privatpersonen gegen Bestechung einen großen Teil des Landes verkauft haben und es zulassen, dass diese Unternehmen unter Missbrauch des Gesetzes über die Bodenschätze und mit Verletzung der Gesetze über den Schutz von Natur einen Raubabbau zum Schaden der Natur und zu einer Zerstörung der Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung, vor allem der Viehzüchter führen. Besonders die NGO, die die Interessen der Landbevölkerung vertritt, ist bereit, radikale Maßnahmen einschließlich des Waffengebrauchs durchzuführen, weil es unmöglich ist mit den Unternehmen und örtlichen Behörden irgendwelche Verhandlungen zu führen. So hatte diese Organisation eine berittene Protestversammlung auf dem Hauptplatz von Ulaanbaatar organisiert und eine Petition an das Parlament und Regierung gerichtet, die allerdings unbeantwortet blieb. Deshalb schoss ein Bogenschütze mit drei Pfeilen auf das Regierungsgebäude, wobei einer davon in ein Fenster traf. Daraufhin begaben sie sich

in die ländlichen Gegenden, wo sie ihre Handlungen gegen die goldfördernden Unternehmen fortsetzen wollen.

Die Führung der MRVP und einige Vertreter der Neuen Nationalen Partei bekundeten am 26.06.2011 ihren Protest gegen solche einseitigen Maßnahmen der Behörden, weil die Unternehmen und Staatsbeamten, die Gesetze verletzen und die Umwelt zerstören, ungeschoren bleiben.

3. WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Das Parlament und die Regierung sind nach wie vor hauptsächlich mit den Fragen von Oyu Tolgoi und Tavan Tolgoi beschäftigt. Zehn Prozent der Kokskohlevorkommen in Tavan Tolgoi sollen dem mongolischen Volk in Form von 536 Aktien für jeden Bürger verteilt werden, 10 Prozent sollen den einheimischen Unternehmen zur Ausbeutung freigegeben werden. 30 Prozent dürften die ausländischen Unternehmen, die bei einer Ausschreibung gewinnen, nutzen. Über 50% der Lagerstätte verfügt der Staat als Eigentümer.

Einige Experten raten der Regierung ab, Tavan Tolgoi von vielen Firmen gleichzeitig nutzen zu lassen, weil das ein kompakt lokalisiertes Vorkommen ist, der auch als ein Ganzes abgebaut werden sollte.

Am 29. Juni 2011 machte das Vorstandsmitglied der Erdenes Tavan Tolgoi AG, D.Batzandan, eine Erklärung vor der Presse, in der er die Regierung einer vorsätzlichen Verschleppung bei der Verwirklichung der Beschlüsse des Parlaments und der Regierung Nr.39 bzw. Nr.272 vom 2010 durch die bestimmten Gruppierungen in den Regierungskreisen, insbesondere durch die Arbeitsgruppe der Regierung, bestehend aus einigen Ministern, die aus Privat- oder Gruppeninteressen die Arbeit verzögern. Herr Batzandan kündigte an, dass er aus dem Vorstand vom Erdenes Tavan Tolgoi austreten würde, wenn es sich bis zum 01.09.2011 nichts in dieser Sache bewegt, insbesondere die Lizenzen nicht an das Unternehmen übergeben werden. Es ist zu bedauern, so D.Batzandan, dass dieses Unternehmen, das Geld für die Sicherung der 536 Aktien für jeden mongolischen Bürger verdienen soll, überhaupt kein Eigenkapital hat, während ausländische Firmen allein durch den Börsenhandel mit Aktien von Tavan Tolgoi bereits einen Gewinn von 33 Milliarden Dollar erzielt haben.

Von der Regierung wurde auch der Bau von einer Eisenbahnstrecke mit einer Länge von 1100 km endgültig entschieden. Diese Eisenbahnstrecke soll dazu dienen, die Kohle aus Tavan Tolgoi nicht nur an den chinesischen Käufer, sondern den Verkauf von Kohle über Russland auch an Drittländer ermöglichen.

Am 28. Juni 2011 unterschrieben die Vertreter des mongolischen Unternehmens „Energy Resources“ und des deutschen Unternehmens ThyssenKrupp einen Vertrag über die Lieferung von aufbereiteter Kokskohle für die Stahlwerke in Deutschland über die transsibirische Eisenbahn und weiter über europäische Eisenbahnlinien.

Im Monat Mai wurde der Treibstoff, besonders Diesel, in der Mongolei knapp. Die Ursache dafür war das Defizit des Treibstoffs in Russland, das der einzige Lieferant dieser Produkte an die Mongolei ist. Besonders kritisch ist die Situation mit Diesel, weil es der Treibstoff ist, der in der Industrie und der Landwirtschaft am meisten gebraucht wird. Diese Situation nutzten die Spekulanten aus, die durch Absprachen ein künstliches Defizit schaffen und durch Preiserhöhung ihre Gewinne vermehren. Dieses künstliche Defizit bleibt bestehen, obwohl sich die Lieferungen aus Russland normalisiert haben und genug Treibstoff da ist. Die Regierung ist bestrebt, andere Quellen für Treibstofflieferungen ausfindig zu machen.

Am 29. Juni 2011 war der Vize Premierminister der Mongolei, M.Enkhbold, in der Botschaft der VR China in der Mongolei erschienen, um dem Botschaftsrat einen Brief der mongolischen Regierung an die chinesische Seite mit der Bitte, 22000 Tonnen Benzin für die Mongolei zu liefern, zu übergeben.

Es ist eigentlich unverständlich, dass die mongolische Regierung, die zulässt, dem chinesischen Unternehmen Petrochina Daichin Tamsag Millionen Tonnen von Roherdöl unter der massiven Schädigung der Umwelt aus der Mongolei höchstwahrscheinlich zu einem Schleuderpreis und vermutlich auch zollfrei auszuführen, in die Lage gerät, um Treibstoff aus China betteln zu müssen.

Im Juni dieses Jahres wurde ein neues Gesetz über den Gesundheitsschutz angenommen. Das neue Gesetz rief bei den Ärzten und beim Krankenhauspersonal eine Empörung aus, weil es „drakonische“ Maßnahmen bei der Verletzung von Pflichten vorsieht, die nach der Meinung der Ärzte und anderen medizinischen Kräften keiner gesetzlichen Regelung bedürfen, weil das einfach zum medizinischen Alltag und

zur routinemäßigen Aufgaben gehört, was da man durch ein Gesetz so streng bestrafen will.

Prof.Dr. Ts.Sarantuya

Die Autorin ist Leiterin der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Ulaanbaatar, Mongolei

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Khatanbaatar M.

IMPRESSUM

Erstellt: 07.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de